

Obmänner-Konferenz

stattfinde. Es sei ein Glück, daß die Gemeinde einigermaßen Vorsorge getroffen habe. Er sei jedoch der Meinung, man solle nicht bloß auf die Bäcker, sondern auch auf die Detailhändler Rücksicht nehmen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, er könne nur gegen bare Bezahlung das Mehl abgeben, womit die Obmänner-Konferenz sich einverstanden erklärt.

Gem.-Rat Reumann erklärt, daß die Leute froh seien, wenn sie um Geld Mehl bekämen. Hierauf bespricht Gem.-Rat Reumann die in der letzten Zeit enorm in die Höhe gegangenen Fleischpreise.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß er aus Deutschland 20.000 Schweine einführen lassen wollte; als Bedingung hiefür wurde jedoch seitens des deutschen Einkaufsamtes festgesetzt, daß er für jedes Schwein 5 q Futtermittel, das wären also zusammen 100.000 q Futtermittel, stellen müsse.

Gem.-Rat Reumann schildert, daß in der letzten Zeit die Frauen der armen Bevölkerung die Pferdefleischhauer förmlich stürmen; er ersuche, es möge dahin gewirkt werden, daß die Militärverwaltung Pferde, die nicht mehr dienstfähig sind, direkt an die Genossenschaft der Pferdefleischhauer verkaufen solle und nicht an Zwischenhändler, denn dies verteuere wieder den Preis. Der Bürgermeister solle jede Gelegenheit ergreifen, Fleisch einzukaufen, vielleicht könnte die Frage studiert werden, ähnlich wie in Deutschland Gefrierfleisch aufzustapeln.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt für seine Fraktion, daß seit Kriegsbeginn alle parteipolitischen Gegensätze ruhen, ein anderes Vorgehen wäre unpatriotisch. Den Anträgen des Bürgermeisters stimme er völlig zu. Die Abgabe des Mehles solle jedoch nur während der Übergangszeit erfolgen und nach Ablauf dieser vier Wochen mit dem Erscheinen der in Aussicht gestellten Verordnung sofort sistiert werden. Der Rest der Vorräte solle für einen späteren Zeitpunkt aufgespart werden. Wenn in Budapest wirklich ein Notstand herrsche, so sei dies in den ungarischen Provinzen nicht der Fall. In Odenburg zum Beispiel werde Lugsgebäck verkauft, in dieser Beziehung habe die Regierung keine Einschränkung auferlegt, daraus müsse man schließen, daß in Ungarn noch genügend Vorräte vorhanden seien. Die Abgabe des Mehles an die Detailhändler würde sich schwieriger gestalten als an die Bäcker; es handle sich nur darum, über die Übergangszeit hinwegzukommen; die Vorräte dürften jedoch nicht vollends erschöpft werden. Weiters weise er darauf hin, daß auch die Aufnahme von Gerstenschrot sehr erwünscht wäre, denn in der Landwirtschaft sollen größere Vorräte hievon vorhanden sein.

Gem.-Rat Schmid führt aus, daß das Ergebnis der Mehlfatierungen keine große Hoffnungen biete, der größte Fehler der Verordnung sei gewesen, daß Vorräte unter 20 kg nicht sistiert werden mußten; man könne nicht einmal eine Durchschnittsziffer annehmen, die Gemeinde sei mit dieser Form der Verordnung direkt überrumpelt worden; jetzt müßte ein zweites Mal eine Aufnahme der Vorräte durchgeführt werden. Er sei auch der Meinung, daß jetzt die Vorräte der Gemeinde angegriffen werden müßten, es sei sehr bedauerlich, daß die Regierung die Kriegsgetreideanstalten erst am 15. April werde eröffnen können.

Die Fleischkalamität sei ebenfalls eine große, wie der mangelhafte Viehtrieb beweise. Erst durch eine Intervention des Herrn Bürgermeisters beim Ministerpräsidenten sei der Auf von Vieh durch die Militärbehörde auf dem Wiener Marke

eingestellt worden. Doch werden noch immer große Quantitäten von den Konservenfabriken aufgekauft. Er sei auch dafür, den Detailhändlern Mehl abzugeben, doch müsse eine gerechte Verteilung Platz greifen.

Die vom Gem.-Rat Steiner früher gemachte Bemerkung beziehe sich da auf, daß in der letzten Zeit in der „Arbeiter-Zeitung“ mehrere gehässige Artikel gegen den Herrn Bürgermeister erschienen seien; er richte an den Gem.-Rat Reumann das Ersuchen, auf die „Arbeiter-Zeitung“ einzuwirken, derlei ungerechte Angriffe doch zu unterlassen.

Gem.-Rat Skaret erklärt, daß seine Partei auf die „Arbeiter-Zeitung“ keinen so unmittelbaren Einfluß nehme, auch wollen sie die Redaktion nicht einer so scharfen Zensur unterziehen. Dadurch, daß viele Leute nach dem 28. Februar weitere Einkäufe machten, ist der fاتیerte Vorrat lang nicht mehr richtig. Ein großer Fehler der Verordnung sei der gewesen, daß in ihr nicht ausgesprochen wurde, daß dem, der mehr als 20 kg Vorräte habe, dieses Plus nicht weggenommen werde. Die ersten Ansätze zu Brotkrawallen haben bereits gestern stattgefunden. Die meisten Bäckerläden seien bereits um 1/2 7 Uhr abends geschlossen. Wenn dies so fortgehe, sei das Schlimmste zu befürchten, dazu käme noch die Milchkalamität. Nach langem Warten vor der Verschleißstelle erhalten die Frauen keine Milch. Die Kinder müssen ohne Frühstück in die Schule, die Männer ohne Frühstück in die Fabrik. Es sei außerordentlich zu begrüßen, daß der Herr Bürgermeister durch die Ausgabe der Mehlvorräte dem gegenwärtigen Notstande abhelfen könne.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, am wichtigsten sei es, zu verhindern, daß Leute, die ohnehin schon Vorräte haben, sich noch weitere Vorräte anschaffen, so daß die, welche nichts haben, Gefahr laufen, wieder nichts zu bekommen. Bei den Bäckern sei auf Grund der Fatierung vom 28. Februar leicht durch das Marktamt zu konstatieren, ob sie noch einen Vorrat haben oder nicht. Anders sei dies bei den Detailhändlern.

Der Vorsteher könne nicht wissen, welches Mitglied noch Vorräte habe; auch könne der Verschleißer nicht wissen, ob nicht der Käufer ohnehin ausreichende Vorräte habe. Er sei dafür, den Detailhändlern Mehl abzugeben.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller schlägt mit Rücksicht auf die bevorstehende Herausgabe der Brot- und Mehlsorten vor, daß als erster Grundsatz zu gelten habe, daß jede Partei einer bestimmten Mehlfatierungsstelle zugewiesen werde (Rayonierungssystem). Da sei auch die Kontrolle viel leichter. Da eine Verschleißstelle an dieselbe Partei nicht zweimal Mehl oder Brot abgeben dürfe, sei dadurch der Gefahr des Vorratsansammelns begegnet. Er halte es gefährlich, an die Detailhändler Mehl abzugeben, da eben wieder nicht verhütet werden könne, daß diejenigen, die keine Vorräte haben, wieder nichts bekommen. Die Anhäufung der Vorräte habe zur Folge, daß viel Mehl durch die schlechte Aufbewahrung zugrunde gehe. Auch richte er das Ersuchen an den Herrn Bürgermeister, über eine Monopolisierung der Mehlausgabe Studien anstellen zu lassen. Bezüglich der Krediterhöhung für Vorratsankäufe solle dem Herrn Bürgermeister pleins pouvoir eingeräumt werden.

Er konstatiere, daß in der Obmänner-Konferenz bis heute nur einmütige Beschlüsse gefaßt wurden. Er stelle weiters fest, daß seine Partei bis heute keine Versammlung abgehalten habe.